



Verkehrsausschuss

18. Sitzung (öffentlich)

25. Oktober 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

12.30 Uhr bis 15.30 Uhr

Vorsitz: Manfred Hemmer (SPD)

Stenografin: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 "NRW-Luftverkehrskonzeption 2010" bedarf der Zustimmung des Parlaments

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1541

Vorlage 13/350

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/1566

1

SPD und GRÜNE ziehen ihren Entschließungsantrag 13/1566 zurück.

Der Antrag der FDP wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Der Entschließungsantrag von SPD, CDU und GRÜNEN - die FDP beabsichtigt, dem Antrag nach Rücksprache mit der Fraktion noch beizutreten - wird mit den Stimmen von SPD, CDU und GRÜNEN bei

Enthaltung der FDP angenommen (siehe Drucksache 13/1719 vom 09.11.2001)

2 **Eckpunkte der Luftverkehrspolitik des Landes NRW**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/411

Vorlage 13/852

Ausschussprotokoll 13/313

1

Dem Wunsch der CDU, ihren Antrag Drucksache 13/411 im Sinne des weiteren Verfahrens, dargestellt unter TOP 1, für erledigt zu erklären, wird einstimmig entsprochen.

3 **Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs sowie zur Weiterentwicklung des ÖPNV (Regionalisierungsgesetz NRW)**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

Drucksache 13/622

2

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

4 **Erteilung der Betriebserlaubnis und Ausstellung eines neuen Fahrzeugscheins durch die Technische Prüfstelle bei Änderungen an Fahrzeugen - Pilotversuch**

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 13/1302

2

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Wirtschaftsausschuss einstimmig, den Antrag der FDP für erledigt zu erklären.

5 Gesetz über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für das Land Nordrhein-Westfalen (Informationsfreiheitsgesetz Nordrhein-Westfalen - IFG NRW -)

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/1311

4

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

6 Reformpläne für Wasser- und Schifffahrtsverwaltung offen legen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1518

4

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

7 Neue Kundenorientierung durch Weiterentwicklung und Stärkung des Öffentlichen Nahverkehrs - Novellierung des Landesregionalisierungsgesetzes -

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/1534

6

Im Antrag 13/1534 wird auf S. 2, vorletzter Absatz, letzter Satz, das Wort "vorbehalten" durch "vorgehalten" ersetzt.

Der Antrag wird in der geänderten Fassung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

8 Haushalt 2002

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/1400

Vorlagen 13/818, 13/820 und 13/821

Ausschussprotokoll 13/344

Einzelplan 08 - Bereich Verkehr 13

Es findet eine Aussprache zum Einführungsbericht des Ministers in den Verkehrshaushalt statt.

Zu Artikel II Abs. 5 des Haushaltsgesetzes wird keine Beratung gewünscht.

Alle Fraktionen verzichten auf eine Einzelberatung der Haushaltsansätze des Verkehrshaushalts.

9 Anpassung der Kostensätze

Vorlagen 13/781 und 13/885 21

Minister Ernst Schwanhold trägt vor.

10 Eiserner Rhein 22

Dem Bericht von StS Hennerkes schließt sich eine Aussprache an.

11 Schülerticket

StS Hennerkes unterrichtet den Ausschuss 27

- 12 Lückenschluss und Weiterbau der A 46** 28

StS Hennerkes schildert die gegenwärtige Situation.

- 13 Privatfinanzierung bei der A 52** 29

StS erläutert den Sachverhalt.

- 14 Bundesverkehrswegeplan - Stand und weiteres Verfahren** 30

StS Hennerkes berichtet.

- 15 Integrierte Gesamtverkehrsplanung - Stand des Verfahrens**
Vorlagen 13/851 und 13/860
Ausschussprotokoll 13/344 31

StS Hennerkes nimmt zum Hafenkonzert als Bestandteil der integrier-
ten Verkehrsplanung Stellung.

Nächste Sitzung: 26. November 2001

5 Gesetz über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für das Land Nordrhein-Westfalen (Informationsfreiheitsgesetz Nordrhein-Westfalen - IFG NRW -)

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/1311

Vorsitzender Manfred Hemmer führt aus, dass der Verkehrsausschuss auch hier mitberatend sei, federführend sei der Innenausschuss.

Gerhard Wirth (SPD) weist darauf hin, dass im federführenden Ausschuss noch Änderungsanträge zu beraten seien. Deshalb rege er an, kein Votum abzugeben.

Gerhard Wächter (CDU) äußert, dass die CDU die Änderungsanträge nicht kenne. Die CDU könne dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Form nicht zustimmen.

Abstimmungsergebnis siehe **Beschlussprotokoll**.

6 Reformpläne für Wasser- und Schifffahrtsverwaltung offen legen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1518

Vorsitzender Manfred Hemmer teilt mit, dieser Antrag sei heute abschließend zu beraten.

Christof Rasche (FDP) erläutert, dass die Reformpläne für die deutsche Wasser- und Schifffahrtsverwaltung zu erheblichen personellen Konsequenzen in diesen Ämtern führten. Die FDP habe nichts gegen das Stichwort "Schlanker Staat", wolle aber gerne über die Konsequenzen für NRW informiert werden. Dies sei auch vor dem Hintergrund interessant, dass man auch für die Binnenschifffahrt aus dem Anti-Stau-Programm Gelder erwarte. Nach Auffassung der FDP sei für viele Projekte die Baureife noch nicht gegeben. Wenn dann noch Personal abgebaut werde, komme man dem gemeinsamen Ziel, etwas für die Binnenschifffahrt zu tun, nicht näher.

Gerhard Wächter (CDU) unterstützt die Intention des Antrags.